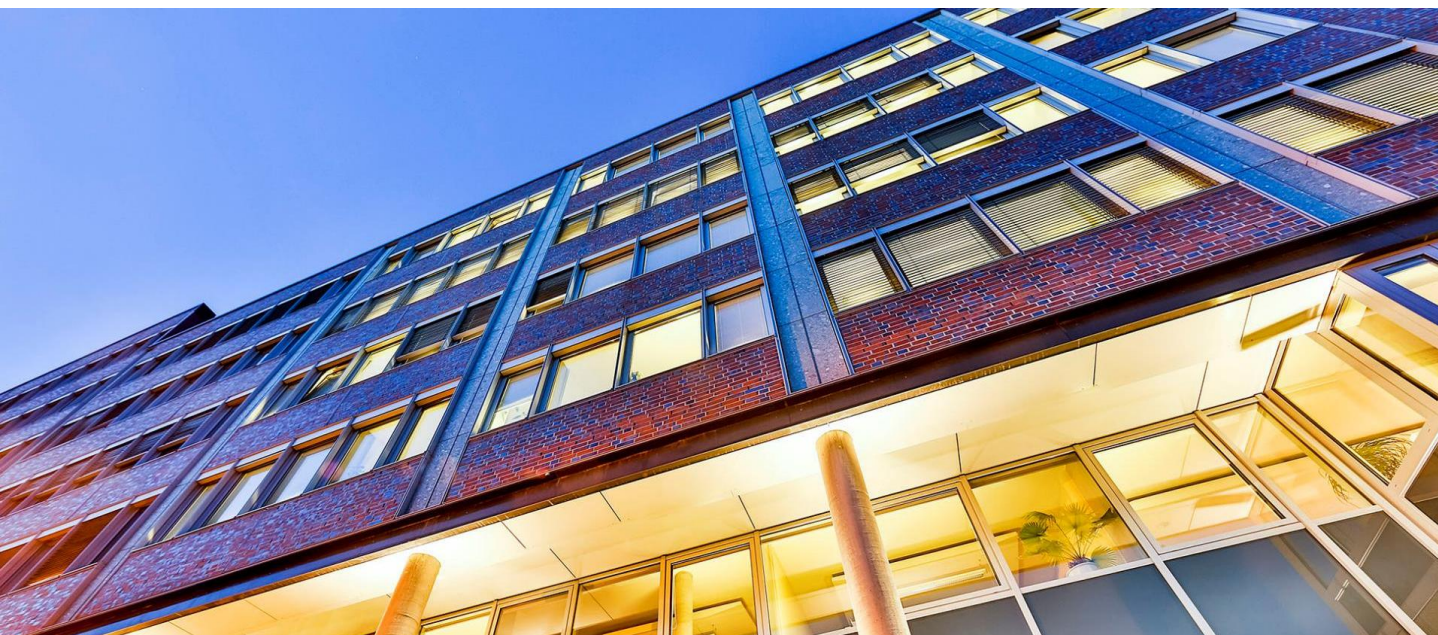




Unternehmensfinanzierung aktuell

Berlin, 2. September 2026



Zusammenfassung

Konjunktur: Deutsche Konjunktur zeigt sich robuster als erwartet

Nach 0,4 % Wachstum im ersten Quartal 2026 setzte sich die Erholung der Wirtschaft im zweiten Quartal 2026 mit einem Plus von 0,3 % fort und war damit kräftiger als erwartet. Hohe Energiepreise, geopolitische Unsicherheiten und nach wie vor schwierige Standortbedingungen wirken aber limitierend.

2

Gründungen, Insolvenzen: Gemischtes Bild

Es gibt mehr Insolvenzen, aber auch mehr Gründungen. Getrieben wird das Gründungsgeschehen sowohl von Nebenerwerbsgründungen als auch von Startup-Gründungen mit KI-Bezug.

5

Kreditvergabe

Das ausstehende Volumen an Unternehmenskrediten erhöhte sich im zweiten Quartal 2026 um + 0,7 % gegenüber dem Vorquartal. Eine breit angelegte Investitionsbelebung bleibt weiter aus, doch die investitionsbezogene Kreditnachfrage verbessert sich leicht.

6

Startup- und Scaleup-Strategie der Bundesregierung

Das Ökosystem für die Finanzierung von Unternehmen muss von Anfang bis Ende gedacht werden. Die EU Inc. ist dabei ein Schlüsselvorhaben.

9

Wettbewerbsfähigkeit europäischer Banken

Die EU-Kommission erkennt den Handlungsbedarf, bleibt aber zu zögerlich. Der Bankenverband dringt darauf, den weiteren Anstieg der Kapitalanforderungen schnellstmöglich zu begrenzen.

11

Konjunktur

Deutsche Konjunktur zeigt sich robuster als erwartet

Die deutsche Wirtschaft hat sich im ersten Halbjahr 2026 widerstandsfähiger gezeigt als zunächst erwartet. Nachdem die gesamtwirtschaftliche Leistung in den ersten drei Monate dieses Jahres um 0,4 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen war, setzte sich die Erholung im zweiten Quartal 2026 mit einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,3 % fort.

+0,3 %

BIP-Wachstum im zweiten
Quartal 2026
(ggü. Vorquartal)

Damit ist die deutsche Wirtschaft – trotz der Belastungen durch den Krieg im Nahen Osten und den gestiegenen Energiepreisen – bislang überraschend robust durch das erste Halbjahr gekommen. Selbst wenn die gesamtwirtschaftliche Leistung im zweiten Halbjahr lediglich stagnieren würde, würde das BIP im Jahresdurchschnitt 2026 – inklusive eines positiven Kalendereffekts von etwa 0,3 Prozentpunkten – um 1,2 % wachsen.

Die positive Entwicklung wird insbesondere von den Exporten der deutschen Wirtschaft getragen. Hier wurde der Rückgang der Ausfuhren in die USA und nach China durch ein kräftiges Wachstum der Exporte in die europäischen Nachbarstaaten – insbesondere nach Osteuropa – überkompensiert. Ein Blick auf die Branchenkonjunktur zeigt, dass vor allem der Export von Anlagen und Maschinen anzieht.

Für die binnenwirtschaftlichen Wachstumskomponenten blieb das Bild hingegen getrübt: Die deutlich gestiegene Inflation sowie die ungünstigere Lage am Arbeitsmarkt belasteten die Konsumnachfrage der privaten Haushalte, während die hohen Energiepreise, gestiegene Lohnzusatzkosten und die anhaltende geopolitische Unsicherheit erkennbar die Investitionsneigung der Unternehmen dämpften. Saison- und preisbereinigt sanken die Ausrüstungsinvestitionen um 1,7 % im ersten Quartal und um weitere 1,4 % im zweiten Quartal dieses Jahres (jeweils ggü. Vorquartal).

Wirtschaftswachstum von etwas mehr als 1 % in diesem Jahr möglich

Trotz des robusten ersten Halbjahres bleibt der wirtschaftliche Ausblick für die zweite Jahreshälfte durchwachsen. Auf der positiven Seite steht nach wie vor die expansive Fiskalpolitik. Die geplanten staatlichen Investitionen in Infrastruktur und Verteidigung dürften in den kommenden Quartalen zunehmend nachfragewirksam werden und das Wirtschaftswachstum anschieben. Zudem zeichnet sich bei der seit mehr als sieben Jahren im Trend sinkenden Industrieproduktion allmählich eine Bodenbildung ab.

Auch wichtige Stimmungsindikatoren, wie der Einkaufsmanagerindex und der Ifo-Geschäftsklimaindex, haben sich zuletzt wieder verbessert. Die Stimmungsindikatoren liegen allerdings weiterhin auf einem recht moderaten Niveau, das lediglich eine verhaltene wirtschaftliche Dynamik in den kommenden Monaten erwarten lässt. Zudem dürften die Belastungen durch die geopolitischen Unsicherheiten – inklusive der erratischen Zoll- und Handelspolitik der USA – bis auf Weiteres anhalten. Als neue wirtschaftliche Belastungsfaktoren kommen die Trockenheit und das Niedrigwasser sowie die in den USA und in Europa deutlich gestiegenen Kapitalmarktzinsen hinzu. Das Niedrigwasser beschränkt die Transportkapazitäten für wichtige Grundstoffe; es drohen Störungen der Lieferketten und Produktionseinschränkungen in der Industrie. Die gestiegenen Kapitalmarktzinsen verteuern die Finanzierung von Investitionen und erhöhen den Konsolidierungsdruck in den öffentlichen Haushalten.

Nimmt man alles zusammen, dann dürfte die gesamtwirtschaftliche Leistung in Deutschland in diesem Jahr um etwas mehr als 1 % steigen. Die im Frühjahr infolge des Irakkriegs reihenweise in Richtung Stagnation gesenkten Prognosen für 2026 dürften daher wieder angehoben werden. Erste Mitgliedsinstitute des Bankenverbandes haben dies in den vergangenen Wochen bereits getan. Der Bankenverband selbst wird Anfang Oktober 2026 eine neue Konjunkturprognose veröffentlichen.

Wirtschaftspolitik bleibt gefordert

Die Hoffnungen auf eine kräftigere wirtschaftliche Belebung in Deutschland ruhen weiterhin auf dem kommenden Jahr. Dann sollten sich der fiskalische Impuls und die umfangreichen Investitionsprogramme noch stärker in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bemerkbar machen.

Der fiskalische Impuls allein wird jedoch nicht ausreichen, um die deutsche Wirtschaft dauerhaft auf einen höheren Wachstumspfad zu führen. Entscheidend sind nach wie vor bessere Rahmenbedingungen für private Investitionen und eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts. Nur unter dieser Bedingung ist eine nennenswerte Beschleunigung des Wirtschaftswachstums, vor allem aber auch eine Stabilisierung des längerfristigen Wachstumstrends möglich.

Zentral sind zwei Punkte: Erstens muss weiter daran gearbeitet werden, die Geschwindigkeit zu erhöhen, mit der die umfangreichen Mittel aus dem Sondervermögen in öffentliche Investitionen umgesetzt werden. Weitere Schritte zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren – gegebenenfalls auch mit befristeten Ausnahmeregelungen – sind wünschenswert.

Zweitens müssen die avisierten wirtschaftspolitischen Weichenstellungen der Bundesregierung für eine grundlegende Verbesserung der privaten Investitionsbedingungen entschlossen vorangebracht und umgesetzt werden. Dazu gehören die Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme und Maßnahmen gegen weiter steigende Sozialversicherungsbeiträge. Diskussionen wie aktuell um die Beibehaltung der abschlagsfreien Rente mit 45 Beitragsjahren führen hingegen in die falsche Richtung. Es drohen weiter steigende Sozialversicherungsbeiträge, eine ungünstigere Arbeitsmarktentwicklung und dauerhaft gedrückte Investitionsperspektiven am Wirtschaftsstandort Deutschland.

Gelingt es jedoch, die zusätzlichen staatlichen Investitionen mit überzeugenden strukturellen Reformen zu verbinden, könnte die derzeit fragile wirtschaftliche Erholung im kommenden Jahr an Breite gewinnen. Eine Entspannung an den Energiemärkten und eine Stabilisierung der geopolitischen Lage würden diesen Prozess zusätzlich unterstützen und die Voraussetzungen für einen stabileren Wachstumspfad verbessern.

Anhaltender Inflationsdruck setzt EZB unter Zugzwang

3,3 %

Inflation im Euroraum
(August 2026)

Die Entwicklungen im Nahen Osten bleiben der zentrale Treiber des Inflationsdrucks im Euroraum. Nach einem Rückgang der Inflationsrate auf 2,8 % im Juni (Mai: 3,2 %) stieg sie im Juli 2026 wieder auf 2,9 % und im August auf 3,3 %. Ausschlaggebend waren vor allem die erneute Eskalation des Konflikts im Nahen Osten und die damit verbundenen höheren Energiepreise. Für die weitere Inflationsentwicklung kommt es vor allem darauf an, dass sich der Energiepreisschock nicht verfestigt und die Inflationserwartungen von Unternehmen und privaten Haushalten nicht weiter erhöht. Besonders relevant ist dabei, in welchem Umfang höhere Energiepreise über Lohnforderungen und Preisanpassungen der Unternehmen Zweitrundeneffekte auslösen.

Die EZB hat auf die gestiegenen Inflationsrisiken bereits reagiert. Sie hat im Juni dieses Jahres ihren wichtigsten Leitzins, den Zins für die Einlagefazilität, um 25 Basispunkte auf 2,25 % angehoben. Im Juli 2026 beließ sie die Leitzinsen unverändert. Für die am 10. September 2026 anstehende EZB-Ratssitzung wird angesichts des weiterhin erhöhten Teuerungsdrucks und der anhaltenden Risiken bei den Energiepreisen jedoch eine weitere Anhebung um 25 Basispunkte erwartet. Nicht zuletzt deshalb, weil die europäische Notenbank dann eine neue Projektion für die Preisentwicklung vorlegen wird, die für das Jahr 2027 etwas höher ausfallen könnte als im Juni dieses Jahres.

Aus unserer Sicht könnte der mögliche Zinsschritt in der kommenden Woche zugleich die letzte Zinsanpassung der EZB in diesem Jahr gewesen sein. Mit 2,5 % würde der Satz für die Einlagefazilität dann am oberen Rand des „neutralen Zinses“ liegen. Ein Bereich, in dem die Zinspolitik die Gesamtwirtschaft weder bremst noch anschiebt.

Zusätzliche Belastungen für die Banken – und damit auch für die Kreditkosten – würden entstehen, wenn die inzwischen seit drei Jahren unverzinsten Mindestreserve im Euroraum von 1 % auf 2 % angehoben würde. Der gegenwärtig offenbar diskutierte Schritt würde für die Kreditinstitute wie eine Sondersteuer wirken. Eine geldpolitische Begründung ist hingegen nicht zu erkennen. Die Anhebung der unverzinsten Mindestreserve würde daher vor allem die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Banken belasten, zum Beispiel auch über gedrückte Ertragsperspektiven bei den Eigenkapitalkosten.

Gründungen, Insolvenzen

Gründungen boomen, Insolvenzen nehmen zu

+26 %

Nebenerwerbsgründungen

+29 %

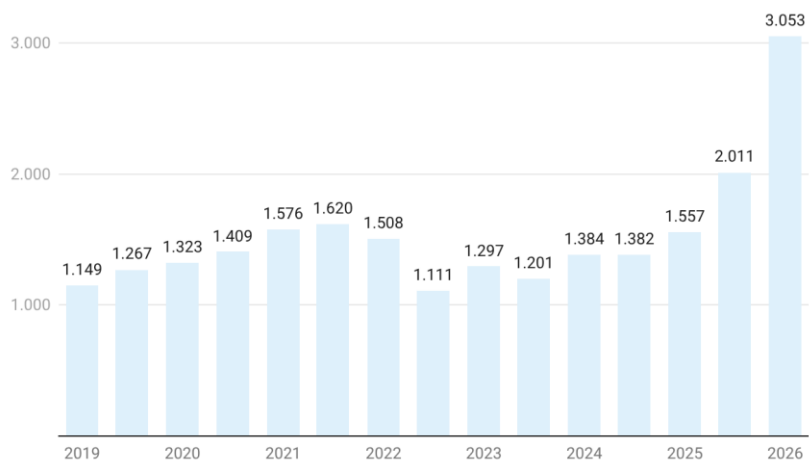
Startup-Gründungen

Quelle: KfW, Startup-Verband

Die Lage der Unternehmen ergibt wie die Konjunktur ein gemischtes Bild. Deutliche Dynamik zeigen die Gründungszahlen, getrieben von Nebenerwerbsgründungen (+26 % in 2025 ggü. Vorjahr von 382.000 auf 483.000, Zahlen der KfW). Laut Startup-Verband legten aber auch Startup-Gründungen deutlich zu (+29 % in 2025 ggü. Vorjahr von 2.766 auf 3.568). Im ersten Halbjahr 2026 verzeichnete der Verband sogar ein Plus von 52 % gegenüber dem zweiten Halbjahr 2025 (3053 Neugründungen). Treiber des Startup-Gründungsbooms ist offenbar KI: Ein Drittel der Startup-Gründungen haben Geschäftsmodelle mit KI-Bezug.

Der Boom beim Gründungsgeschehen kann als Kehrseite einer zunehmend angespannten Arbeitsmarktlage gedeutet werden, etwa weil sich Arbeitnehmer bei drohendem Personalabbau zusätzliche Erwerbsoptionen schaffen. Gleichzeitig stieg die Zahl der Unternehmensinsolvenzen weiter, um geschätzte 8 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum im ersten Halbjahr 2026. Schätzungsweise 12.900 Unternehmen gaben von Januar bis Juni 2026 ihre Geschäftstätigkeit auf. Besonders stark war der Anstieg diesmal bei Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten (+28,6 Prozent). Zugrunde liegen dürften unverändert die strukturellen Schwächen am Wirtschaftsstandort.

Startup-Gründungen seit 2019



Quelle: Startup-Verband • Erstellt mit Datawrapper

Mehr Gründungen, aber auch mehr Insolvenzen: Getrieben wird das Gründungsgeschehen von **Nebenerwerbsgründungen** ebenso wie von **Startup-Gründungen mit KI-Bezug**.

Kreditvergabe

Steigende Kreditnachfrage wird von unterschiedlichen Finanzierungszwecken bestimmt

+ 0,7 %

Wachstum (nominal)
Kreditvolumen ggü.
Vorquartal

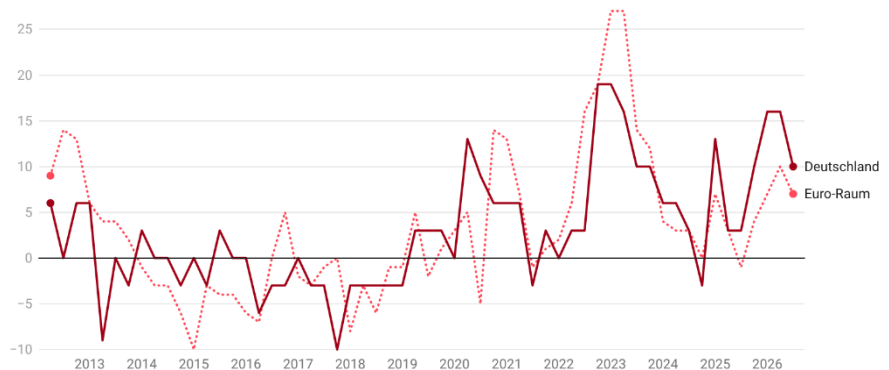
Die Nachfrage nach Unternehmenskrediten stieg nach Angaben des Bank Lending Survey der EZB auch im zweiten Quartal 2026 weiter an und wurde maßgeblich von Großunternehmen getragen. Während kleine und mittlere Unternehmen sich weiterhin zurückhielten, verwendeten große Unternehmen Kreditfinanzierungen überwiegend zur Refinanzierung, Umschuldung und Neuverhandlung bestehender Kredite. Trotz positiver Signale bleibt eine breit angelegte Investitionsbelegung weiter aus. Allerdings hat sich die investitionsbezogene Kreditnachfrage gegenüber den Vorquartalen leicht erholt.

Die erneute moderate Straffung der Kreditstandards für Unternehmenskredite deutet auf eine weiterhin situationsbedingte Risikosensitivität der Banken hin. Die Straffung fällt jedoch je nach Branche unterschiedlich und im Vergleich zum Vorquartal niedriger aus. Weiterhin gilt: Für die Kreditvergabe sind die wirtschaftliche Tragfähigkeit der Finanzierungsvorhaben sowie die Perspektiven in Bezug auf das Investitionsumfeld entscheidend.

Die genannten Entwicklungen spiegeln sich in einer leichten Erhöhung des ausstehenden Volumens an Unternehmenskrediten wider. Dieses stieg im zweiten Quartal 2026 nach Angaben der Bundesbank nominal um + 0,7 % gegenüber dem Vorquartal und um + 1,0 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf 1.146 Mrd. Euro.

Bank Lending Survey

Verschärfungen und Erleichterungen der Kreditrichtlinien der Banken gegenüber Unternehmen



Positive Salden zeigen Verschärfungen, negative Salden Erleichterungen der Kreditrichtlinien der Banken an.
Quelle: BLS Juli 2026 • Erstellt mit Datawrapper

Dynamik bei Finanzierung über Anleihen setzt sich fort

Die Finanzierung über Unternehmensanleihen gewann weiter an Dynamik. Das ausstehende Anleihevolumen stieg nach Angaben der Bundesbank im zweiten Quartal 2026 nominal um +3,9 % gegenüber dem Vorquartal und lag 8,5 % über dem Vorjahresniveau.

Die Belebung dürfte auch hier vor allem auf einen gestiegenen Finanzierungsbedarf im Zusammenhang mit Restrukturierungen und Umschuldungen zurückzuführen sein. Darüber hinaus könnten Unternehmen angesichts anhaltender Unsicherheiten und möglicher Zinsanstiege ihre Finanzierung frühzeitig am Kapitalmarkt gesichert haben.

Entwicklung des Volumens ausstehender Unternehmensanleihen in Deutschland

Umlauf inländischer Inhaberschuldverschreibungen / Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs) in Mrd. EUR



Quelle: Bundesbank September 2026 - Erstellt mit Datawrapper

Kredite an inländische Unternehmen und wirtschaftlich Selbständige

(Ohne Wohnungsbau sowie ohne Finanzinstitutionen und Versicherungen)

Quartal	Insgesamt*	Kreditbanken	Sparkassen	Landesbanken	Kreditgenossen
Stand Quartalsende in Mrd. EUR					
Q4/2020	1.004,140	289,981	291,999	109,749	211,861
Q4/2021	1.038,005	296,964	299,256	119,994	222,897
Q4/2022	1.131,232	331,245	312,071	126,210	235,585
Q4/2023	1.128,953	332,860	315,176	127,518	241,709
Q4/2024	1.129,733	333,463	313,845	126,645	247,013
Q1/2025	1.134,184	334,034	313,943	128,697	248,862
Q2/2025	1.132,216	330,643	313,998	128,609	250,704
Q3/2025	1.136,999	336,889	314,016	139,152	251,609
Q4/2025	1.136,195	329,831	313,040	141,105	251,895
Q1/2026	1,139,154	335,734	312,969	138,879	251,976
Q2/2026	1,146,416	337,962	313,455	141,363	253,463
Veränderungen gegenüber Vorjahreszeitraum (in %)					
Q4/2020	3,0	-1,1	3,9	-3,3	5,6
Q4/2021	3,4	2,1	2,6	4,9	5,3
Q4/2022	9,0	11,1	4,3	5,3	5,9
Q4/2023	-0,1	0,4	0,9	1,4	2,9
Q4/2024	-0,1	-0,6	-0,2	-0,4	2,4
Q1/2025	0,3	-0,2	-0,5	1,5	2,5
Q2/2025	-0,1	-1,6	-0,2	1,0	2,7
Q3/2025	0,5	-0,1	-0,2	1,9	2,6
Q4/2025	0,2	-0,7	-0,4	2,1	2,0
Q1/2026	0,1	0,6	-0,3	0,5	1,2
Q2/2026	1,0	2,2	-0,2	3,1	1,1
Veränderung gegenüber Vorquartal (in %)					
Q4/2020	-0,5	-2,1	0,5	-3,0	1,0
Q4/2021	2,2	3,7	0,7	3,8	1,2
Q4/2022	-0,6	0,5	0,4	-1,2	1,2
Q4/2023	-0,3	-1,6	-0,2	1,3	0,5
Q4/2024	-0,1	-0,1	-0,1	-0,3	0,6
Q1/2025	0,4	0,5	-0,1	1,6	0,8
Q2/2025	-0,1	-0,9	0,0	-0,1	0,8
Q3/2025	0,2	0,4	0,0	0,6	0,4
Q4/2025	-0,4	-0,6	-0,3	-0,1	0,1
Q1/2026	0,4	1,8	0,0	0,1	0,0
Q2/2026	0,7	0,7	0,1	2,3	0,6

* Zum Berichtskreis gehören zusätzlich Realkreditinstitute, Bausparkassen und Banken mit Sonderaufgaben. Die Wachstumsraten werden berechnet auf Basis der statistisch bereinigten Veränderungen pro Quartal, Quelle: Bundesbank, Stand September 2026

Startup- und Scaleup-Strategie der Bundesregierung

Ökosystem für Finanzierung von Anfang bis Ende denken

8 %

der Startups vollziehen ihren Exit an der Börse. Dabei wird häufig ein Finanzplatz außerhalb Deutschlands gewählt.

Zu einem Ökosystem für die Finanzierung junger Unternehmen gehört, neben Eigenkapital auch die perspektivische Fremdkapitalfähigkeit dieser Unternehmen im Blick zu haben. Die Bundesregierung berücksichtigt dies in der kürzlich vorgelegten [Startup- und Scaleup-Strategie](#): Nur wenn von der Geschäftsidee bis zum Börsengang gute Rahmenbedingungen auf Unternehmens- wie auf Investorenmenseite vorhanden sind, wird Deutschland dauerhaft einen wettbewerbsfähigen Mittelstand weiterentwickeln und halten können.

Neben Wagniskapital benötigen Unternehmen besonders viel Kapital für die Wachstumsphase genauso wie funktionale Exit-Märkte einschließlich der bislang unterrepräsentierten Form des Börsengangs; hier besteht Handlungsbedarf. In diesem Kontext ist auch der Ausbau der kapitalmarktbasierten Altersvorsorge sinnvoll, führt er doch zu insgesamt tieferen Kapitalmärkten. Die Politik benennt die Herausforderungen richtig, wichtig ist nun die entschlossene Umsetzung.

Übersicht der 8 Handlungsfelder



Quelle: BMWF

EU Inc. ist Schlüsselvorbaben

Ein Schlüsselement zur Weiterentwicklung des Ökosystems für die Finanzierung junger Unternehmen ist aus [Sicht des Bankenverbandes die EU Inc.](#) Mit der EU Inc. soll eine neue, optionale und einheitliche Gesellschaftsform in der Europäischen Union eingeführt werden. Gelingt es, den bisherigen Vorschlag der Europäischen

Kommission über Fragen des Gesellschaftsrechts und der Eigenkapitalfinanzierung hinaus weiterzuentwickeln und um Elemente der Fremdfinanzierung – etwa um eine Harmonisierung der nationalen Regelungen für Finanzierungs- und Sicherheitenvereinbarungen – zu erweitern, ist die EU Inc. eine echte Chance für einen stärker integrierten europäischen Kapitalmarkt und mehr Wettbewerbsfähigkeit.

Gemeinsam appelliert deshalb eine Verbände-Allianz aus Bankenverband, Business Angels Deutschland (BAND), KI-Bundesverband, Startup-Verband und Verband der Unternehmerinnen (VdU) an die Bundesregierung, die EU Inc. als Vorhaben entschlossen zu unterstützen. Wichtig ist aus Sicht der Verbände dabei, auch die Rahmenbedingungen für Fremdkapitalfinanzierungen in der EU weiter zu vereinheitlichen.

Über die Finanzierung von Startups, Innovation und Wachstum diskutierten im **bankendialog.digital** die Vorstandsvorsitzende des Startup-Verbandes **Verena Pausder** und **Michael Kotzbauer**, Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der Commerzbank AG ([Aufzeichnung](#) von Juni 2026).

Wettbewerbsfähigkeit der Banken

EU-Kommission erkennt Handlungsbedarf, bleibt aber zu zögerlich

Die Europäische Kommission erkennt in ihrer Mitte Juli 2026 veröffentlichten Mitteilung die Schlüsselrolle des Bankensektors für Wachstum, Innovation und die strategischen Prioritäten der EU-Wirtschaft an. Zugleich legt sie einen Fahrplan für eine Nachjustierung des Regulierungsrahmens vor. Als zentrale Hemmnisse für die Leistungsfähigkeit des Bankensektors benennt sie die weiterhin starke Marktfragmentierung, die unzureichende Berücksichtigung europäischer Besonderheiten bei der Umsetzung internationaler Standards sowie die hohe Komplexität des Regulierungsrahmens.

- Die Marktfragmentierung will die Kommission verringern, indem sie den freien Fluss von Kapital und Liquidität innerhalb der EU erleichtert. Gleichzeitig hält sie zusätzliche Schutzvorkehrungen für erforderlich und deutet einen neuen Alternativvorschlag zur europäischen Einlagensicherung (EDIS) an.
- Europäische Besonderheiten will die Kommission unter anderem bei Krediten an Unternehmen ohne externes Rating ("Unrated Corporates"), bei Hypothekarkrediten sowie bei Spezialfinanzierungen berücksichtigen. Zudem möchte sie kleine und nicht-komplexe Banken stärker entlasten.
- Zur Verringerung der regulatorischen Komplexität will sie unter anderem das Abwicklungsregime vereinheitlichen und das System der Kapitalpuffer vereinfachen.

Für die Unternehmensfinanzierung besonders wichtig sind aus Sicht des Bankenverbandes die Überlegungen der Kommission zu Unrated Corporates, zu Spezial- und Handelsfinanzierungen sowie zu Startups und Scaleups.

Die Kommission räumt zwar ein, dass die geringe Verbreitung externer Ratings ein strukturelles Merkmal der europäischen Wirtschaft ist. Zugleich scheint sie bei Maßnahmen zurückhaltend, die den Anstieg der Kapitalanforderungen für Unternehmen ohne externes Rating dauerhaft begrenzen würden. Stattdessen betont sie mögliche positive Effekte einer höheren Ratingabdeckung für den Kapitalmarkt. Der Bankenverband lehnt es entschieden ab, unterschiedliche Finanzierungsmodelle gegeneinander auszuspielen. Die Stärkung der Kapitalmärkte darf nicht zulasten der bewährten Bankfinanzierung erfolgen.

Auch die regulatorische Behandlung von Spezial- und Handelsfinanzierungen will die Kommission überprüfen. Ziel ist es, Banken weiterhin in die Lage zu versetzen,

europäische Unternehmen zu unterstützen und Lieferketten abzusichern. Die Zielrichtung ist richtig, konkrete Vorschläge liegen jedoch noch nicht vor.

Darüber hinaus will die Kommission prüfen, wie Unternehmen der immateriellen Wirtschaft im Einklang mit der Startup- und Scaleup-Strategie leichter Zugang zu Finanzierungen erhalten können. Auch dieser Ansatz ist grundsätzlich zu begrüßen.

Insgesamt fehlt aus Sicht des Bankenverbandes jedoch ein klares Bekenntnis, einen weiteren Anstieg der Kapitalanforderungen zu verhindern. Auch die angekündigten Schritte zu mehr Proportionalität bleiben nach unserem Dafürhalten zu wenig ambitioniert. Zudem setzt die Kommission auf eine Paketlösung. Im ersten Quartal 2027 will sie einen konsolidierten Legislativvorschlag vorlegen, der zahlreiche unterschiedliche Themen bündeln soll. Das birgt das Risiko, dass weitere wertvolle Jahre verstreichen, bevor spürbare Verbesserungen erreicht werden.

Der Bankenverband setzt sich dafür ein, den weiteren Anstieg der Kapitalanforderungen schnellstmöglich zu begrenzen. Die Kommission sollte dazu wirksame Sofortmaßnahmen aus dem Gesamtpaket herauslösen und mit hoher Priorität vorantreiben. Die EU-Bankenregulierung muss sich daran messen lassen, dass Banken ihren Unternehmenskunden auch zukünftig umfassende, wettbewerbsfähige und attraktive Finanzierungsmöglichkeiten bieten können.

Herausgeber:

Bundesverband deutscher Banken e. V.

Burgstraße 28

10178 Berlin

Deutschland

Lobbyregister-Nr. R001458

EU-Transparenzregister-Nr. 0764199368-97

USt-IdNr.: DE201591882

Kontakt:

kontakt-presse@bdb.de

+49 30 1663-0

bankenverband.de

Inhaltlich verantwortlich:

Themengruppe Unternehmensfinanzierung

Dr. Hendrik Hartenstein, Leiter

Unternehmensfinanzierung

Volker Hofmann, Leiter Volkswirtschaft